S. 122 / Nr. 29 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht (d)

BGE 55 III 122

29. Entscheid vom 16. Oktober 1929 i. S. Konkursmasse Beer.

Regeste:

Werden bei der Verwertung von Gegenständen, die für mehr als einen Gläubiger gepfändet sind, die Kosten durch den Erlös nicht gedeckt, so können dieselben nicht auch denjenigen Gläubigern auferlegt werden, die kein Verwertungsbegehren gestellt haben.

Si le produit de la réalisation de biens saisis au profit de plusieurs créanciers ne couvre pas les frais, ceux-ci ne peuvent être mis à la charge des créanciers qui n'ont pas requis la vente.

Se il ricavo della realizzazione di beni pignorati per conto di parecchi creditori non copre le spese, queste non possono essere accollate ai creditori che non chiesero la vendita.

A. - Die Konkursmasse Beer war in ihrer Betreuung gegen Emil Bohn von Känel, Basel, mit drei andern Gläubigern zur Pfändungsgruppe 2918 (1928) vereinigt worden. In der Folge stellte einer der andern Gläubiger das Verwertungsbegehren. Da der Erlös die Kosten der Verwertung nicht deckte, verteilte das Betreibungsamt den Ausfall auf alle Gläubiger der Gruppe und zog u. a. auf die Konkursmasse Beer für ihren Anteil eine Nachnahme von 5 Fr. 05 Cts. Die Konkursverwaltung löste die Nachnahme zunächst ein, ohne zu wissen, wofür sie erhoben werde, verlangte dann aber die Rückerstattung des bezahlten Betrages, weil nicht sie die Verwertung angebehrte habe.

B. - Das Betreibungsamt lehnte die Rückerstattung ab, worauf die Konkursmasse Beer Beschwerde führte, aber abgewiesen wurde.

Seite: 123

C. - Gegen den Entscheid der kantonalen Aufsichtsbehörde vom 1. Oktober 1929 rekurrierte die Konkursmasse Beer am 8. Oktober an das Bundesgericht.

Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung:

1.- Aus dem Erlös verwerteter Gegenstände werden zunächst die Kosten der Verwertung und Verteilung bestritten (Art. 144 Abs. 3 SchKG). Der verbleibende Betrag kommt sämtlichen Gläubigern zugute, für welche die betreffenden Gegenstände gepfändet worden sind, (Art. 144 Abs. 4 SchKG). Da die Kosten also bereits vorabgezogen sind, partizipieren daran alle Gläubiger (im Verhältnis ihrer Forderungen), ohne Rücksicht darauf, ob auch alle oder nur einzelne von ihnen die Verwertung verlangt haben. Das rechtfertigt sich ohne weiteres durch ihre entsprechenden Anteile am Reinerlös.

2.- Hieraus folgt aber nicht auch, dass sämtliche Gläubiger einer Gruppe zur Tragung der Verwertungskosten herangezogen werden können, wenn diese durch den Erlös nicht gedeckt werden. Es steht jedem Gläubiger frei, die Verwertung zu verlangen oder nicht. Unterlässt er es aus irgend einem Grunde, eventuell gerade deswegen, weil er ein bloss verlustbringendes Ergebnis voraussieht, so kann ihm nicht zugemutet werden, trotzdem an die Deckung eines Ausfalls beizutragen, den ein mitbeteiligter Gläubiger durch ein vielleicht unvorsichtiges Verwertungsbegehren verursacht hat. Eine derartige Kostenaufgabe ist auch nicht etwa damit zu begründen, dass ein Gläubiger, von dem kein Verwertungsbegehren ausgegangen ist, am Reinerlös trotzdem partizipieren würde, falls sich ein solcher ergäbe. Was er dabei erhielte, hätte er nicht dem von dem andern Gläubiger gestellten Verwertungsbegehren zu verdanken. Das Verwertungsbegehren bringt vielmehr nur den bereits durch die Pfändung erworbenen Anspruch zur Realisierung und zwar unter Umständen in einem für die Verwertung ungünstigen

Seite: 124

und deshalb den übrigen Gläubigern unerwünschten Zeitpunkte.

Darauf, dass ungedeckte Verwertungskosten nur demjenigen Gläubiger zu belasten sind, der die Verwertung verlangt hat, deutet übrigens auch der Umstand, dass ausschliesslich dieser Gläubiger zum Vorschuss der Kosten angehalten werden kann.

Demnach erkennt die Schuldbetr.- und Konkurskammer:

Der Rekurs wird gutgeheissen, der angefochtene Entscheid aufgehoben und das Betreibungsamt Basel-Stadt angewiesen, der Rekurrentin den Betrag von 5 Fr. 05 Cts. zurückzuerstatten